

An die Deutschschweizer
Medien

Bern, 4. September 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bundesratsparteien haben ihre Parolen gefasst, überall finden jetzt Pro- und Kontra-Veranstaltungen statt. Dabei wird den Gegnern der Ausstiegs- und der Moratoriums-Initiative oft unterstellt, sie seien die Vertreter der einsichtslosen Energieverschwender. Dem ist natürlich nicht so. Das technische Potential zur Einsparung von Energie durch ihre rationelle Nutzung muss - noch mehr als bisher - ausgeschöpft werden. Das vertritt auch das Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen, das muss eigentlich jeder vernünftige Mensch vertreten.

Gegen die beiden Atom-Initiativen aber ist, wer den gegenwärtigen und zukünftigen Stromverbrauch - zu denken ist hier vor allem auch an den immensen Nachholbedarf der Entwicklungsländer und Osteuropas - realistisch einschätzt und an die mittelfristig beschränkten Möglichkeiten der Nutzung der Sonnen- und der Windenergie denkt. Da die fossilen Brennstoffe wegen des Treibhauseffekts eingeschränkt werden müssen, bleiben Wasserkraft und Kernenergie.

Wir bitten Sie, auch diese Aspekte zu würdigen und in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu bringen. In unserem Pressedienst stellen wir Ihnen für Ihre Arbeit folgende Artikel zur Verfügung:

1. Karikatur

2. Der Ausstieg ist nicht zu verantworten

Von FDP-Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

3. Ein Rechenbeispiel aus der Energiepolitik

Von FDP-Nationalrat Dr. Peter Aliesch, Malans (GR)

4. Nicht am eigenen Ast sägen

Von Dr. Rolf Haeberli

5. Jeder will "seine" Energie

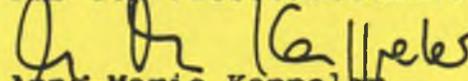
Von Matthias Stadelmann

6. Der kluge, sparsame Mann

Von Bruno Kuster

7. Stromfunken

Mit freundlichen Grüßen
Für den Presseausschuss:


Anna-Marie Kappeler

SO, DIE
WÄREN
WIR LOS!



Der Ausstieg ist nicht zu verantworten!

=====

Argumente gegen die Ausstiegs- und Moratoriums-Initiative

Von FDP-Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

Mit dem ungehemmten Verbrauch an fossilen Brennstoffen geht die Welt einer Klimakatastrophe entgegen. Die Welt-Klimakonferenz von Montreal und Toronto verlangten bis zum Jahr 2005 eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um 20 Prozent. Heute decken die Kernkraftwerke weltweit 17 Prozent der Elektrizität. Ein Ersatz durch thermische Kraftwerke würde die CO₂-Emission um 9 Prozent anheben!

Umweltschutz braucht Strom

Wir fördern heute den Umweltschutz. Dieser braucht Strom! Jede Sekunde des Gesamt-Energiebedarfs benötigt in der Regel mehr Strom. Dies trifft für jede Temperaturregelung und für jede chemische Filteranlage zu. Umweltschutz-Technik ist stromintensiv.

Wir fördern heute den öffentlichen Verkehr, und zwar aus ökologischen Gründen. Dieser benötigt Strom. Im Jahr 2000 werden die SBB mit 30 Prozent Atomstrom fahren.

Die Elektrizität wird im modernen Leben immer mehr zur Schlüsselenergie. Dies gilt im besonderen für ökologische Massnahmen. Ein Verzicht auf unsere Kernkraftwerke, die 40 Prozent unserer Elektrizität liefern, ist deshalb nicht verantwortbar.

Kernenergie und internationale Solidarität

Die Menschheit wächst und wächst. Sie zählt heute fünf Milliarden Menschen. Im Jahre 2000 werden es sechs Milliarden sein, im Jahr 2050 zwölf Milliarden. Mit der Entwicklungshilfe wollen wir den Lebensstandard in der dritten Welt heben. Wie soll der wachsenden Bevölkerung in der dritten Welt ohne zusätzliche Energie geholfen

werden? Die internationale Energieagentur rechnet bis zum Jahr 2005 mit einem Mehrbedarf von fünfzig Prozent, bis zum Jahr 2020 sogar mit hundert Prozent. Ohne Einsatz von Kernenergie sind die entwicklungspolitischen Ziele niemals zu erfüllen. Die Klimakatastrophe würde alle Anstrengungen zerstören.

Ausgerechnet die Gegner der Atomenergie sprechen laufend von der Integration der Schweiz in Europa und von der internationalen Solidarität. Glauben sie wirklich, die Schweiz werde in der internationalen Energieversorgung von ihrem Beitrag dispensiert? Der europäische Stromverbund umfasst zwölf Länder. Nur wenn wir auf die Dauer bereit sind, etwas zu geben, werden wir in den Mangelzeiten im Winter zukünftig auch Strom erhalten.

Gefährdung der Sozialwerke

Die Anti-Atom-Bewegung hat bereits Fachkräfte und Know-how aus unserem Land vertrieben. Wir sind so weit, dass Firmen Arbeitsplätze ins Ausland verlegen, weil sie nicht mehr an die sichere Energieversorgung in unserem Lande glauben. Eine Annahme der Moratoriums-Initiative, geschweige denn der Ausstiegs-Initiative, würde diese Tendenz massiv verstärken. Wollen wir Arbeitsplätze verlieren? Wollen wir wissenschaftlich-technisch absteigen? Ist uns unser Wohlstand nichts mehr wert? Schweden hat den Ausstieg auf das Jahr 2010 beschlossen. Die schwedische Industrie investiert heute mehr im Ausland als im Inland. Ueber 80 Prozent der Schweden glauben darum nicht mehr, dass der Ausstieg machbar sei.

Die Zukunft unserer AHV ist nur sichergestellt, wenn unsere Wirtschaft pro Jahr real um zirka zwei Prozent wächst. Wenn die Wirtschaft mangels gesicherter Energieversorgung ins Ausland abwandert, sind unsere Sozialwerke gefährdet. In der Schweiz spricht man heute von der Wohnungsnot als sozialem Problem. Jährlich werden 30'000 bis 40'000 neue Wohnungen erstellt. Alle diese Wohnungen benötigen Strom.

Nein zu beiden Initiativen

Die Befürworter der beiden Initiativen betonen immer wieder die Gefahren der Kernenergie. Diese werden bei einem Ausstieg keineswegs kleiner. Im Umkreis vom Radius Schweiz-Tschernobyl (2'000 Kilometer) stehen 200 Reaktoren in Betrieb. Heute können wir wenigstens die Sicherheitsforderungen der eigenen Kernkraftwerke bestimmen. Bei einem Ausstieg haben wir gar keinen Einfluss mehr. Weil die Fachleute

abwandern, haben wir auch keinen Einfluss mehr auf die technische Weiterentwicklung der Sicherheiten.

Schwierige Probleme muss man von allen Seiten und mit allen Möglichkeiten angehen. Dies gilt ganz besonders für das Energieproblem. Wir müssen

- Sparen: Sparen allein aber genügt nicht. Dies zeigt schon der Blick auf die Zunahme der Weltbevölkerung.
- Forschen: Neue Energiequellen sind notwendig. Nach dem Urteil von Fachleuten sind aber noch 50 Jahre notwendig, bis die sogenannten Alternativ-Energien einen wesentlichen Beitrag leisten können.
- Nicht nur eine, sondern alle Energiequellen umweltgerecht nutzen, dazu gehören massvoll die fossilen Brennstoffe, aber auf überhaupt absehbare Zeit auch die Kernenergie.

Die beiden Initiativen sind darum abzulehnen.

Ein Rechenbeispiel aus der Energiepolitik

Von Nationalrat Dr. Peter Aliesch, Malans (FDP/GR)

40 Prozent unserer Elektrizität wird zur Zeit in Atomkraftwerken produziert. Bei den Schweizerischen Bundesbahnen stammt gar 44 Prozent des benötigten Stroms aus Atomkraftwerken, wobei rund ein Viertel aus dem Ausland importiert wird. Fast jeder zweite Zug fährt heute also mit Atomstrom, etwa jeder zehnte Zug sogar mit importiertem Atomstrom.

Sparpotential und Verbrauchszunahme

Die Befürworter einer Abschaltung unserer Kernkraftwerke behaupten nun, aufgrund Berechnungen von Experten könnte ohne weiteres 30 Prozent Strom gespart werden. Nicht erwähnt wird in diesem Zusammenhang allerdings, dass es sich dabei um das Sparpotential für einem Zeitraum von rund 20 Jahren handelt. Flugs sind diese Leute hingegen mit der Behauptung zur Hand, nun sei bewiesen, dass auf weitere Atomkraftwerke verzichtet werden könne. Doch wie sieht die Realität aus?

In den vergangenen Jahren nahm der Stromverbrauch jährlich rund drei Prozent zu. Die Berechnungen der Elektrizitätswirtschaft über die weitere Zunahme des Stromverbrauchs bestätigten sich laufend. Die Energietheoretiker, die diese Zahlen ständig anzweifeln, wurden Jahr für Jahr ins Unrecht versetzt. Für die neunziger Jahre ist zurückhaltend mit einer weiteren jährlichen Verbrauchszunahme von zwei Prozent zu rechnen.

Weitere Verbrauchszunahme

Dieser relativ starke Zuwachs erklärt sich aus der Besonderheit der elektrischen Energie: Strom ist zum einen eine Produktionsenergie, die ohne Schaden für die Volkswirtschaft nicht einfach weggespart werden kann. Zum anderen hat Energiesparen – in der Regel ist dies Sparen von fossiler Energie – meistens einen höheren Stromverbrauch zur Folge, beispielsweise für den Betrieb von Wärmepumpen. Was bedeutet dies nun im Zusammenhang mit dem errechneten Sparpotential von 30 Prozent innerhalb von etwa 20 Jahren? Dazu ein einfaches Rechenbeispiel:

Nehmen wir optimistisch an, der Stromverbrauch werde in den nächsten 20 Jahren jährlich tatsächlich nur um zwei Prozent zunehmen. Mit einer einfa-

chen Zinseszinsrechnung errechnet sich für diesen Zeitraum eine Zunahme des Stromkonsums um zirka 50 Prozent. Bleiben wir weiter optimistisch und akzeptieren das Sparpotential von 30 Prozent im gleichen Zeitraum. Es bleibt, und da helfen nun keine Ausflüchte mehr, eine Nettoverbrauchs Zunahme von Strom in der Grössenordnung von 20 Prozent! Das entspricht immerhin der Produktion zweier moderner Atomkraftwerke.

Die Alternativen

Was tun angesichts dieser realistischen Prognose und der zu erwartenden baldigen Stromlücke? Entweder man steht zur Notwendigkeit weiterer Stromproduktionsanlagen im Inland, wobei für derartige Grössenordnungen nur Atomkraftwerke in Frage kommen, denn der Ausbau der Wasserkraft ist nur noch vereinzelt verantwortbar. Andernfalls hat man konsequenterweise für Alternativen und deren Folgen geradezustehen:

Die erste Möglichkeit besteht im Stromzukauf aus ausländischen (Kern-)Kraftwerken nach dem berühmten St. Florians-Prinzip. Was von dieser zusätzlichen Auslandabhängigkeit zu halten ist, zeigt uns die aktuelle Golfkrise. Auch die Sicherheit nimmt nicht zu, im Gegenteil: Anstatt den Strom in schweizerischen Atomkraftwerken mit eigenen, strengen Sicherheitsnormen zu produzieren, beziehen wir den Strom von jenseits der Grenze aus Atomkraftwerken, zu denen wir nichts zu sagen haben.

Und die Konsequenzen?

Eine zweite Möglichkeit zur Deckung der Stromlücke bestünde in einem Wiedereinstieg in die fossilen Energien – die Umwelt lässt grüssen. Der dritter Weg führt zu einem echten Verzicht auf an und für sich benötigte Elektrizität. Diesen Weg darf ehrlicherweise aber nur verlangen, wer gleichzeitig bereit ist, die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen, nämlich Verzicht auf Einkommen, Lebensstandard, Arbeitsplätze, soziale Absicherung. Das aber kann und will niemand, also flüchtet man in Theorien und schöne Worte, was aber nicht verantwortungsbewusstes Handeln ist. Für die Abstimmung vom kommenden 23. September müssen die dargelegten Stromtatsachen deshalb zu einer Ablehnung der Ausstiegs- und Moratoriumsinitiativen führen.

Nicht am eigenen Ast sägen

Es ist bekanntlich nicht ratsam, am Ast zu sägen, auf dem man sitzt. Diese alte Erkenntnis gilt in besonderem Masse für die beiden Atom-Initiativen, über welche wir am 23. September abstimmen. Seit der Golf-Krise hat sie an Aktualität noch gewonnen, weil uns die Ereignisse im Nahen Osten drastisch vor Augen führen, wie verletzlich unsere Energieversorgung vor allem auf dem Gebiet des Erdöls ist. Im Blick auf Saddam Hussein könnte man daher auch sagen: Nur die allergrössten Kälber wählen ihren Metzger selber...

Nicht nur wegen der Golf-Krise ist die Frage berechtigt, wieso wir überhaupt aus der Kernenergie aussteigen sollen. Diese bildet so oder so noch auf Jahre hinaus die einzig praktikable Alternative zu den fossilen Energieträgern. Gewiss weist sie ein erhebliches Gefahrenpotential auf, aber das darf man nicht mit Gefährdung verwechseln. Unsere Kernkraftwerke sind derart sicher, dass nichts passiert, auch wenn etwas geschieht.

Dagegen hat die Kernenergie unbestreitbare Vorteile. Sie verkörpert die Ressource mit der insgesamt kleinsten Umweltbelastung. Aus der Kernenergie werden weder CO₂, noch Schwefeldioxide, noch Asche freigesetzt. Sie produziert also keine Luftschadstoffe und trägt damit nichts zum gefürchteten Treibhauseffekt bei. Strahlungsmässig wird die Umwelt durch ein KKW weniger belastet als durch ein Kohlekraftwerk, so unglaublich dies auch klingen mag. Der Kernbrennstoff ist leicht lagerbar, wobei grosse "Brenn"stoff-Vorräte vorhanden sind. Zwar besteht auch hier eine gewisse Auslandsabhängigkeit, aber sie ist nicht unmittelbar wirksam. Und schliesslich kann die Kernenergie in neuen Reaktorkonzepten die fossilen Brennstoffe teilweise ersetzen. Das Entsorgungsproblem ist lösbar, man muss es nur lösen wollen. Aber das wird seit Jahren von militanten KKW-Gegnern hintertrieben, wobei es leider genügend gutgläubige und naive "Betroffene" gibt, welche ihnen Handlangerdienste leisten.

Die andere Frage, die sich stellt, lautet: Welchen Preis hätten wir für den Ausstieg zu zahlen? Natürlich können wir auf die Vorteile der Kernenergie verzichten. Dann müssen wir aber bereit sein, folgendes in Kauf zu nehmen:

- Auch einen Verzicht auf 40 Prozent Strom, und zwar überall: am (modernen) Arbeitsplatz, im öffentlichen Verkehr, im Haushalt, in der Information und Unterhaltung, vielleicht sogar im Spital. Wie die 40 Prozent kompensiert werden sollen, hat noch kein KKW-Gegner sagen können. Mit billigen Hinweisen auf Sparmöglichkeiten und "Alternativenergien" wird der Öffentlichkeit bloss Sand in die Augen gestreut.
- Wollte man die 40 Prozent wirklich einsparen, müsste man den "Sparstaat" einführen, mit zahllosen Vorschriften, zusätzlicher Bürokratie und horrenden Tarifen, welche unsere Wirtschaft einem ruinösen Klima aussetzen und die Teuerung in nicht zu verantwortende Höhen treiben würden.
- Zwangsläufig stiege der Bedarf an fossilen Brennstoffen noch mehr an. Die Folge wäre eine zusätzliche Belastung der Luft und eine Verstärkung des Treibhauseffekts.
- Unsere Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung würde noch extremer. Schon jetzt importieren wir in Spitzenbedarfszeiten die Produktion eines KKW aus Frankreich. Das heisst, Kaiseraugst ist gebaut, aber jenseits der Grenze!

Die Vorteile einer sicheren Energieversorgung können wir nicht ohne eigene Produktion geniessen. Wenn wir diese nicht wollen, gibt es auch kein Produkt in Form einer gesunden Wirtschaft. Darum sollten wir uns am 23. September nicht mutwillig den Weg in die Zukunft verbauen, sondern die beiden Atom-Initiativen entschieden ablehnen. Das präjudiziert nichts, belässt uns aber die nötige Handlungsfreiheit auch für neue Entwicklungen in der Kerntechnik, die wir heute noch gar nicht kennen.

Rolf Haeberli

Jeder will "seine" Energie

Am 23. September dieses Jahres hat das Schweizervolk an der Urne seine neue Energiepolitik festzulegen. Der Energieartikel soll die Grundlage einer zukunftsorientierten Energiepolitik bilden, die beiden zur Abstimmung gelangenden Atominitiativen wollen einen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie erzwingen.

Insbesondere die beiden Atominitiativen werfen gewichtige Fragen auf. Kann sich die Schweiz einen Ausstieg leisten? Schafft ein Ausstieg wirklich eine "bessere" Energiepolitik? Wie sieht es mit der Frage des Energiebedarfs aus? Vor allem die Frage nach dem Bedarf an Energie lässt doch erhebliche Zweifel an der Realisierbarkeit eines Ausstieges aus der Kernenergie aufkommen. Die Initianten der beiden Atominitiativen sind der Meinung, die gut 40 Prozent an Elektrizität, die heute aus Kernenergie gewonnen werden, liessen sich ohne Probleme einsparen. So einfach ist die Sache jedoch nicht.

Bei ihrer Spartheorie machen die Initianten einen grossen, jedoch typisch schweizerischen Fehler: Sie konzentrieren sich in ihrer Argumentation voll und ganz auf unsere helvetischen Verhältnisse. Die globale Lage lassen sie vollkommen ausser Acht. Und gerade im globalen Ueberblick öffnen sich Perspektiven, die auch eingefleischten Kernenergiegegnern zu denken geben müssten.

Die Weltbevölkerung wächst dauernd. Jeder neu hinzukommende Erdenbürger will seinen Anteil an Energie haben. 90 Prozent dieses gewaltigen, stetig wachsenden Energiebedarfs der ganzen Welt werden heute aus fossilen Brennstoffen wie Oel, Gas und Kohle gedeckt. Die Verbrennung dieser Energieträger setzt in grossem Masse Luftschadstoffe frei, die kombiniert mit anderen Faktoren innert relativ kurzer Zeit den Zusammenbruch unseres heutigen Klimasystems provozieren könnten. Die weltweite Devise muss - auch nach Meinung anerkannter Klimatologen - heissen: Weg von fossilen Energieträgern.

In diesem Zusammenhang ist es einerseits wichtig, nach neue Methoden zur umweltschonenden Energiegewinnung zu suchen. Andererseits müssen aber auch die heute bekannten Technologien nichtfossiler Energiegewinnung weiterentwickelt und wenn nötig ausgebaut werden. Zu diesen Energiearten zählt auch die Kernenergie. Laut führenden Klimaforschern ist ein Ausstieg aus der punkto Luftschadstoffen günstigen Kernenergie ein Anachronismus sondergleichen. Er widerspricht dem Gebot nach rascher Senkung der Luftschadstoffwerte in direkter Weise.

Unter den Befürwortern der beiden Atominitiativen finden sich zahlreiche Schweizer Umweltschutzorganisationen. Dieser Umstand wirft die Frage auf, ob die es nicht wirklich besser wissen sollten. Die Verhinderung einer globalen Klimakatastrophe ist aber offenbar weniger wichtig, als die Durchsetzung nationaler, alter, politischer Forderungen, die von der Wirklichkeit längst überholt wurden.

In etwa die gleiche Kategorie fallen die zahlreichen kirchlichen Organisationen, die einen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie aus irgendwelchen religiösen Ueberlegungen heraus fordern. Sie sind sich auch nicht klar darüber, dass sie selber mit ihrer Forderung nach Gleichstellung der Entwicklungsländer den Energiekonsum in diesen Ländern enorm ankurbeln. Gleichzeitig verbreiten sie Angst vor "apokalyptischen Klimakatastrophen" und wollen noch aus der Kernenergie aussteigen. Dass etliche von ihnen auch noch die päpstliche Linie in Sachen Geburtenregelung in der Dritten Welt vertreten, macht das Mass der Schizophrenie voll.

Vor dem Hintergrund der globalen Klimakatastrophe mit der Forderung nach Verminderung der Luftschadstoffwerte einerseits, des weltweit mit der Bevölkerung explosionsartig wachsenden Energiebedarfs andererseits betrachtet, muss die Kernenergie auch für an und für sich Skeptische von zwei Uebeln das Kleinere sein. Deshalb bleibt zu hoffen, dass die beiden Atominitiativen im Blick auf eine ohnehin eher trübe Zukunft abgelehnt werden.

Matthias Stadelmann

FEUILLETON

Der kluge, sparsame Mann

Ich, der Fitz, steige aus der Kernenergie aus. Diese 40 Prozent Atomstrom sind mir zuviel. Heute Morgen im Bett habe ich zu meiner lieben Frau Lotti gesagt: "Es ist genug!" Die Stoppeln habe ich mit der Klinge geschabt. Weg mit dem Rasierapparat! Geduscht habe ich mit kaltem Wasser. Dabei habe ich mich mächtig über die Neonröhre geärgert, die das Bad erhellt. Lotti duscht warm, trocknet ihre langen Haare mit dem Föhn. Für einmal ist meine Glatze ein Vorteil.

Aus der Küche zieht Kaffeeduft durch die Wohnung. Die neue Espresso-Maschine ist wirklich gut. Schauen Sie mich nicht schräg an, Kaffee braucht eben Strom. Zum Cappuccino zwei herrliche Gipfeli. Frisch aus dem Backofen. Dazu die Morgenzeitung und die Radionachrichten. Nein, nein, das Radiogerät braucht keinen Atomstrom, es läuft mit Batterien. Dann ab zur Arbeit.

Während meine Frau zuhause wäscht, bügelt, den Staub saugt und das Mittagessen für die Kinder kocht, überlege ich mir schon im Tram, wie ich im Büro Strom sparen könnte. Telefon, Computer und Fotokopierer lassen mir diesbezüglich wenig Möglichkeiten. Aber statt des Lifts nehme ich die Treppe. Im zehnten Stock bin ich total geschafft. Zum Glück kühlt die Klimaanlage mein Büro schön. Ein Blick auf den Monitor. Der Dollar ist futsch, die Krise am Golf verunsichert die Wirtschaft. Ich arbeite wie ein Verrückter.

Meinen Feierabend habe ich mir redlich verdient. Dienstags gehe ich immer in den Fitnessclub. Sauna und Dampfbad entspannen so schön. Nach einem Drink an der Bar ab an den Eishockey-Match. Die Halle ist mit dem Flutlicht taghell, das Eis auch bei Aussentemperaturen von 20 Grad tadellos. Wir brüllen, wir lachen, wir umarmen uns. Unsere gewinnen 3:2. Ab nach Hause. Mein Blick fällt aus dem Tramfenster auf eine Tankstelle. Ein Franken und zwölf Rappen der Liter. Die spinnen ja. Nach einer Tasse Kaffee und einer Stunde Fernsehen gehen Lotti und ich schlafen. Der Benzinpreis kommt mir noch fast im Traum vor. Mit dem Bild eines Elektroautos vor Augen schlafe ich ein. Ein gutes Gefühl, Energie zu sparen!

Bruno Kuster

Strom-Funken

* Mein Nachbar hat eine neue politische Grundströmung entdeckt und will jetzt eine eigene Partei gründen. Erste Wahl war der Name "Scheuklappen-Politiker Schweiz (SPS)". Aus nicht bekannten Gründen hat er diesen Namen wieder fallen lassen. Als zweite Variante hat er "Einfach-Verhindern-Partei (EVP)" in Betracht gezogen, jedoch ebenfalls wieder verworfen. Jetzt sucht er nach einem neuen Namen. Klar ist hingegen sein politisches Programm: Obstruktionspolitik. Man ist nicht mehr für den Kompromiss, sondern gegen alles. Gegen Kernkraft, gegen den Ausbau von Wasserkraftwerken, gegen Öl und Benzin. Aber auch gegen Auto, gegen NEAT, gegen Bahn 2000 und gegen 2,50 Meter breite Lastwagen. Gegen Industrie, gegen das Gewerbe, gegen Beamte, gegen Banken. Gegen die Armee, gegen Waffenplätze, gegen neue Flugzeuge und gegen Saddam Hussein. Gegen Neubauten, gegen Hypotheken und gegen Hausbesitzer. Gegen das Funktionieren des Staates, gegen tragfähige Kompromisse, gegen Verantwortung.

Damit lassen sich schöne politische Erfolge erzielen. Für die eigenen Interessen, gegen den Rest der Welt. Es lebe die politische Kultur - und mein Nachbar, der im Unterschied zu etablierten Schweizer Parteien wenigstens den Mut hat, sein Programm klar zu deklarieren.

* Wer sich derzeit ein objektives Bild über den Abstimmungskampf der beiden Atominitiativen machen will, kann bereits Energie sparen. Diverse Tageszeitungen, wie etwa der "Tagi" und die "BZ", scheinen ihre Meinungen zugunsten der beiden Atominitiativen gemacht zu haben. Sachlichkeit und Ausgewogenheit sind jedenfalls bei beiden keine Themen mehr. Leider verschweigen deshalb auch beide, dass auch sie nur dank der 40 Prozent Atomenergie jeweils pünktlich und so umfangreich erscheinen.

* Ein Dr. med. M. Walter aus Grenchen wirft in einem Leserbrief in der NZZ der Elektrizitätswirtschaft vor, sie betreibe als Atomlobby Planwirtschaft nach russischem Vorbild. Mit allen Gefahren, Super-Gau, Vernichtung der Biosphäre, Vernichtung alles Lebens. Das ist sein gutes Recht. Leider "vergisst" er zum Vorwurf des Lobbismus zu sagen, dass er als Präsident der Vereinigung "Aerzte für soziale Verantwortung" Mitglied der Antiatom-Lobby ist. Und damit mit seinem "besorgten Leserbrief" Lobbismus auf die Schlimmste betreibt.

P.S. Auch Dr. med. Martin Walter aus Grenchen braucht in seiner Arztpraxis 40 Prozent Atomstrom.

* A propos Aerzte und Atomenergie. Es gibt auch Aerzte, die versuchen, das Problem sachlicher anzugehen. Und ihren einäugigen Kollegen auch Fehlbetrachtung der medizinischen Risiken vorhalten. So etwa die beiden Professoren Martin Allgöwer und Johannes Locher, in nota bene derselben NZZ-Ausgabe wie obiger Leserbrief. Sie stellen fest, dass etliche Behauptungen der Atominitianten punkto medizinische Auswirkungen der radioaktiven Strahlung entweder aus der Luft gegriffen oder nicht beweisbar seien. Was die Präsidentin der "Aerzte für Umweltschutz", Dr. med. Ruth Gonseth nicht daran hindert, genau die kritisierten Behauptungen zwanzig Zeilen tiefer wieder ohne Beweise und Quellenangaben zu wiederholen. Aber eben, der Zweck heiligt offenbar fast alle Mittel.

* Ausgerechnet Bananen. Die Grüne Partei der Schweiz und der Migros-gesponserte Landesring werfen den Bundesräten Cotti und Ogi mangelnde politische Fairness vor. Grund: Beide scheuten sich nicht, die eher verquere Haltung der beiden linken Parteien im Abstimmungskampf aufzuzeigen. Immerhin geben beide Parteien damit zu, dass es so etwas wie politische Fairness überhaupt gibt. Was aus ihrem politischen Verhalten oft kaum herauszufinden ist. Man wird bei anderer Gelegenheit gerne darauf zurückkommen...

* "jmb" vom Tagi hat sich wieder einmal aufgeregt. Die bösen, bösen Elektrischen bieten Rad- und Wandertouren zu Wasser- und Atomkraftwerken an. Frechheit! Wie gerüchteweise von den Atominitianten zu vernehmen war, hätte man dort gerne Touren zu Wind- und Solarkraftwerken durchgeführt. Mangels funktionstüchtiger und leistungsfähiger Anlagen liegen die Wandervorschläge dazu aber noch auf unbestimmte Zeit in der Schublade...

* Das Team des neuen DRS-Nachrichtenmagazins "10 vor 10" hat anlässlich des Umweltschutzminister-Treffens in Vaduz Verhaltensnoten für die jeweiligen Umweltschutzminister verteilt. Der per Zug angereiste Flavio Cotti schnitt dabei gut ab, hatte er doch durch die Zugsreise genügend Zeit, sich mit dem mitgereisten Fernsehteam zu unterhalten. Weniger gute Noten erhält das TV-Team selber. Auf der Heimreise mochte es nicht auf die energiezehrende aber schnelle Autofahrt nach Zürich verzichten. Die Fernsehleute stiegen in Sargans ins bereitstehende Auto um und rangieren demzufolge in ihrer eigenen Energiespar-Hitparade weit hinter Bundesrat Cotti.

* Entgegen allen Behauptungen der Atominitianten lässt sich elektrische Energie nicht oder nur sehr schlecht konservieren. Am besten geht das noch via Pumpspeicherwerke. Nur haben diese den grossen Nachteil, dass sie den gleichen Kreisen ebenfalls nicht genehm sind. Siehe Grimsel oder Val Curciusa. Womit wohl definitiv klar ist, was gewisse Leute, darunter leider auch Parlamentarier einer Regierungspartei, unter "Energiepolitik" verstehen...

* Deutliche Worte hat Bundesrat Ogi vor dem Freisinnig-demokratischen Presseverband gesprochen. In zehn Jahren, hat er vorgerechnet, werde die SBB zu einem Drittel mit Atomstrom aus Frankreich fahren. Die SBB selber doppelten mit ihren Verbrauchszahlen, ohne direkten Bezug auf die Abstimmung, unabsichtlich aber eindrücklich nach: Nach Schätzungen der Bundesbahnen wird der Anteil französischer Kernenergie im Jahr 2020 ungefähr 46 Prozent des Gesamtverbrauchs ausmachen. Zu einem Zeitpunkt, in dem laut Atominitianten der "Ausstieg" der Schweiz aus der Kernenergie so richtig beginnen wird...

* Ein anderer Bähnler, BLS-Direktor Martin Josi, weiss wovon er spricht, wenn er vor den Folgen der Initiativen warnt. Die BLS kämpfen seit Jahren mit Versorgungsengpässen, weil den Atominitianten nahestehende Kreise nach wie vor den Bau der Gemmi-Starkstromleitung zu verhindern versuchen. Dass Josis Argumente und Fakten "aus dem Bähnlerleben" gegen die beiden Atominitiativen gut sind, lässt sich schon daran erkennen, dass die Initianten sich über deren Veröffentlichung masslos aufregen. (Zensur! Zensur!).